

## **Newsletter Ralph Lenkert / September-2010**

Liebe Leserinnen und Leser,  
in dieser Woche ging es verstärkt um Verkehrs- und Wohnungspolitik.

Am 25. und 26. September fand in Jena eine Tagung zur Wohnungspolitik der Partei DIE LINKE statt. Im Wahlkreis gibt es extrem unterschiedliche Probleme:

- wachsende Gemeinden im SHK um Jena und Hermsdorf
- der Bevölkerungsschwund und Strukturanpassungen im Grenzgebiet zu Sachsen-Anhalt
- Leerstand und Abriss von Wohnungen in Gera
- Wohnraummangel in Jena, der dazu führt, dass die Kosten immer höher werden.

Der Mieterverein Jena hat erst kürzlich geschrieben, dass in Jena für die durchschnittlichen Betriebskosten pro Quadratmeter im Monat 2,30€ anfallen. Dies bedeutet, dass die „Zweite Miete“ im Vergleich zum Vorjahr gleich bleibend hoch ist. Aber der Mieterverein warnt explizit davor, dass die Kosten für den Heizungsverbrauch in der Jahresabrechnung steigen werden, denn die Heizmonate haben durch die kalte Witterung zugenommen. Des Weiteren wurden 2009 die Müllkosten angehoben und die Grundsteuer wurde dieses Jahr erhöht.

Jena ist die Stadt im Osten Deutschlands, in der das Wohnen am teuersten ist (durchschnittliche Mietsteigerung 2009, 10%). Zudem gibt es einen Leerstand von nur 0,3 % . Selbst die Plattenbauten sind voll vermietet und soziale Probleme in Neulobeda sind gering. In Gera und einigen Regionen des SHK hingegen belasten enorme Leerstände die Wohnungswirtschaft. Hier ist ein geschickter, soziale Faktoren berücksichtigender Rückbau erforderlich, wenn es nicht gelingt, Mieter zu gewinnen. Das Programm „soziale Stadt“ ist sowohl in Gera- Lusan als auch in Jena Lobeda erfolgreich genutzt worden.

Selbst westdeutsche Städte haben solche Programme mittlerweile nötig und könnten von unseren ostdeutschen Erfahrungen profitieren. Doch statt die Städtebauförderung auszubauen, kürzt das Sparprogramm der Bundesregierung die bereitgestellten Mittel auf die Hälfte.

Leider sind Angriffe auf den Kündigungsschutz von Mietern zu befürchten und das Energiekonzept der Bundesregierung zur Wärmesaniierung von Wohnungen ist kritisch. Wird die Wärmesaniierung so wie angekündigt umgesetzt, steigen allein dadurch die Mieten in den nächsten Jahrzehnten um 10,- Euro je Quadratmeter. So hohe Heizkosten sind gar nicht einzusparen. Hier ist es die Aufgabe linker Wohnungs- und Umweltpolitik Klimaschutz und das Grundrecht auf bezahlbare Wohnungen in Übereinstimmung zu bringen. Beispielsweise könnten die Einnahmen aus der Solarenergiegewinnung von Mietshäusern zur Senkung der Miete genutzt werden.

Wohnen muss für alle Bevölkerungsschichten bezahlbar bleiben.

Das andere Thema ist die Bahnanbindung.

Eine schlechter oder fehlender Fernverkehr behindert die Entwicklung, das sieht man in Gera. Dass Fernverkehr hilft, sieht man in Jena – aber wie lange haben wir noch den ICE in Jena?

Für Pendler und Studenten ist der Regionalverkehr der Bahn wichtig. Übrigens könnten Arbeitnehmer und Studenten bei besseren Verbindungen zwischen Gera und Jena endlich auf preiswerten und guten Wohnraum (Gera) zugreifen, ohne Probleme im Job oder im Studium (Jena) zu haben.

Deshalb geht es mir um die Mitteldeutschland Verbindung in Ostthüringen (Gera-Jena-Erfurt). Seit Jahren werden die ersten 50 Millionen € für den Ausbau gestrichen. Die dringend benötigten Gelder fehlen, weil alle Bahnmittel in zwei Prestige - Projekte investiert werden. Dabei handelt es sich um die „Untergrundbahn“ ICE Neubaustrecke über Erfurt und Stuttgart 21.

Ab dem Winterfahrplan sollen von Leipzig aus nur noch die Hälfte der Züge nach Berlin fahren. Dies ist eine weitere Abkopplung für Gera, wo die Fernverkehrsankbindung gerade über Leipzig realisiert ist. Für Jena werden diese Problem ab 2016/17 nach Fertigstellung der Neubaustrecke über Erfurt entstehen.

Entscheidend für eine bessere Bahn sind die Eigentümerfrage und die daran gebundene Zielstellung für die Bahn.

Die Bahn darf nicht verkauft werden, denn nur dann kann die Bahn auch in die Volkswirtschaftspolitik eingebunden werden. Vor den Gewinnen des Bahnunternehmens müssen volkswirtschaftliche Gewinne stehen. Wenn man es z.B. schafft, durch günstige Bahnpreise und eine gute Taktung der Züge einen Straßenausbau zu vermeiden, dann können Verluste bei der Bahn volkswirtschaftlich sinnvoll sein.

Umgekehrt kann eine Streckenstilllegung der Bahn zu Gewinn verhelfen und eine Firma in den Ruin treiben, so dass die Kosten für die Arbeitslosigkeit und die damit verbundenen Steuerausfälle höher sind, als der Zusatzgewinn.

Das Gesamtsystem und die Gesamtkosten sind der Maßstab, nicht der einzelne Teilbereich.

Das macht Bahnpolitik so schwierig.

Ralph Lenkert